



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 23.03.12

Equal Pay Day 2012: Recht auf MEHR!

In der Anlage finden Sie zwei Fotos von Bettina Hagedorn auf der Kundgebung zur freien Verwendung; Bildunterschriften: 1. V.l.n.r. Carmen Marks, Jossip Juratovic, Bettina Hagedorn, Petra Ernstberger, Christel Humme (alle MdB); 2. V.l.n.r. Bettina Hagedorn (MdB) und Caren Marks (MdB)

Zum 5. Equal Pay Day mit dem diesjährigen Motto ‚Recht auf MEHR!‘ starten der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Frauenrat, traditionell unterstützt von der SPD-Bundestagsfraktion, heute um 12:00 Uhr gemeinsam zur zentralen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Natürlich aktiv dabei: die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn: **„Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz verankert – und trotzdem sieht auch 2012 die beschämende Realität in Deutschland ganz anders aus: Frauen verdienen bei uns 23 Prozent weniger als Männer - obwohl sie für den gleichen Beruf genau so gut oder gar besser ausgebildet und qualifiziert sind! Damit werden berufstätige Frauen in Deutschland stärker als in fast allen europäischen Ländern diskriminiert. Und 23 Prozent der Beschäftigten müssen in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiten – der Großteil davon Frauen. Der Equal Pay Day steht symbolisch für den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um den Gesamtvorjahreslohn von Männern im gleichen Beruf verdient zu haben. Während der europäische Equal Pay Day deshalb bereits**

am 2. März begangen wurde, fällt er in Deutschland in diesem Jahr auf den 23. März – schon damit wird das Ausmaß an Diskriminierung der weiblichen Beschäftigten deutlich sichtbar.“

Deutscher Gewerkschaftsbund und Deutscher Frauenrat veranstalten den Equal-Pay-Day seit 5 Jahren in Berlin und wollen damit deutlich machen: Diese Diskriminierung und Ungerechtigkeit am Arbeitsmarkt zu beheben ist eine unerfüllte politische Aufgabe, bei dessen Lösung dem Gesetzgeber in Deutschland die Schlüsselaufgabe zukommt.

Hagedorn: **„Wer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen will, muss endlich ‚JA‘ sagen zum Handeln des Bundestages. Die SPD hat darum eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt bzw. auf den Weg gebracht – zentral ist die Forderung nach dem Mindestlohn von 8,50 Euro, aber auch Reformen bei den Minijobs und beim Ehegattensplitting. Jetzt arbeitet die SPD an einem Entgeltgleichheitsgesetz, womit endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer verwirklicht werden könnte – der Bundestag wird in Kürze darüber debattieren. Leider prallen diese Vorschläge alle an der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag ab. Dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt werden muss, ist aber nicht nur eine Mindestanforderung an Gerechtigkeit - es ist vor allem dringende Voraussetzung für eine eigenständige Existenz und soziale Absicherung im Alter.“**